

Liebe Freundinnen und Freunde,

dieses Jahr ist im Fluge vergangen und war doch verdammt lang und ereignisreich. Was ist nicht alles passiert in den vergangenen 12 Monaten? Ein Skandal folgte auf den nächsten: erst provozierte Sarrazin, dann plagiierte zu Guttenberg, Westerwelle musste gehen (zumindest als Vizekanzler), der Papst durfte kommen, Brüderle wurde degradiert, der FDP-General warf das Handtuch und jetzt gerät der erst im vergangenen Jahr gewählte Bundespräsidenten unter Druck. Wir hatten einen Ausstieg aus dem Atomausstieg, einen Wiederausstieg in den Ausstieg und die fürchterliche Katastrophe in Fukushima, deren Auswirkungen wir immer noch nicht abschätzen können. Der Euro musste mehrmals gerettet werden, und mit ihm Griechenland und andere Staaten. In den arabischen Ländern begann der Frühling und wird jetzt in Ägypten und andernorts brutal wieder niedergeschlagen.

Für uns GRÜNE war es eines der erfolgreichsten Jahre. Wir stellen nicht nur erstmals einen grünen Ministerpräsidenten, sondern sind in Rheinland-Pfalz mit einem fulminanten Ergebnis nicht nur in den Landtag, sondern gleich mit drei Ministerinnen in die Regierung gespült worden. Wir alle haben uns dafür mächtig ins Zeug gelegt – ganz herzlichen Dank euch allen!

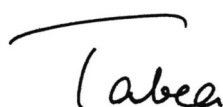
Nachlassen dürfen wir dennoch nicht, denn in zentralen Politikbereichen sind grüne Konzepte dringend nötig. Langsam muss es nun wirklich jeder und jedem klar sein: Wir leben in einer vernetzten Welt und brauchen einen ökologischen und sozialen Umbau des Gesellschafts-, Wirtschafts- und Finanzsystems. Seit diesem Jahr haben wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz endlich die Möglichkeit, diesen ökologischen und sozialen Umbau mitzugestalten.

Eine zusätzliche Chance liegt in Mainz vor uns: In der Landeshauptstadt stellen wir mit Günter Beck einen aussichtsreichen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters, das fordert unseren vollen Einsatz! Ihm drücke ich für die Wahl im März ganz feste die Daumen.

Gerne komme ich in den nächsten Monaten zu Veranstaltungen, Kreismitgliederversammlungen oder zu anderen Anlässen zu Euch. Meldet euch einfach in meinen Büros in Mainz oder Kaiserslautern. Ich freue mich sehr auf ein sicherlich wieder spannendes Jahr mit Euch.

Mit diesem Newsletter möchte ich Euch zum Jahreswechsel einige Schlaglichter aus Berliner Sicht senden. Und auch wenn es einem angesichts der Themen nicht unbedingt weihnachtlich zumute wird, so wünsche ich Euch dennoch eine schöne Weihnachtszeit, einen guten Rutsch und ein erfolgreiches politisches Jahr 2012!

Herzliche Grüße



Energiepolitik

Die alten Atom- und Kohle-Lobbyisten machen sich wieder stark. Die EU-Kommission mit unserem Export-Schlager EU-Energiekommissar Oettinger arbeitet mit Neubauplänen von Atomkraftwerken heimlich an der Renaissance der Atomenergie. Auf die Spitze trieben die drei Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen die regelmäßigen Angriffe auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit dem Vorstoß, massive Einschnitte in die Einspeisevergütung vorzunehmen. Bei der Demo im November gegen den letzten Castor-Transport war es vor Ort hart zu erleben, wie gegen die Demonstranten vorgegangen und die Arbeit der Presse erschwert wurde. Bei diesem Gegenwind aus Berlin und Brüssel und den ernüchternden Ergebnissen aus Durban ist es umso wichtiger, dass wir hier in Rheinland-Pfalz die Chance nutzen, die Energiewende endlich konsequent umzusetzen.

Euro-Rettung

Die Euro-Rettung und die Haushaltskrise in einigen europäischen Ländern dominierte 2011 die öffentliche Diskussion in Berlin. Vor jedem Rettungs-Gipfel war schon klar: Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel. Die Berge werden immer höher und vor lauter Gipfeln sieht die Bundesregierung den Weg nicht mehr. Merkel verfolgt seit Monaten eine Strategie, die eindimensional die öffentlichen Schulden ins Zentrum rückt, die strukturellen Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten jedoch ausklammert. Parallel zur fiskalischen Disziplin brauchen wir ein Europäisches Aufbauprogramm mit Investitionen in die Realwirtschaft. Nur ein europäischer Schuldentilgungsfond verbunden mit einem klaren politischen Bekenntnis zu einer echten europäischen Fiskal-Union in der Eurozone und einer Regulierung der Finanzmärkte ist die letzte Möglichkeit, das Vertrauen wiederherzustellen und eine langfristige Solidarunion zu erreichen. Auf den Gipfeln ist noch lang keine Ruh. Zur letzten Abstimmung habe ich mit einigen anderen Abgeordneten eine persönliche Erklärung abgegeben: <http://www.tabea-roessner.de/berlin/reden/artikel/8ccea9308/regierungserklaerung-zum-eu-und-zum.html>

Medien

Es gibt immer noch 4 Millionen Haushalte, die keinen Internetanschluss mit DSL-Geschwindigkeit bekommen können. Für die Menschen in den betroffenen Gebieten ist das ärgerlich, wenn sie zum Beispiel online Videobeiträge schauen wollen. Es ist aber für die gesamte deutsche Wirtschaft schädigend, wenn der Mangel an Breitbandanschlüssen ganze Landstriche in ihrer Entwicklung ausbremst. Deshalb haben wir uns im Rahmen des Telekommunikationsgesetzes dafür eingesetzt, dass Menschen im ganzen Land das Recht auf einen schnellen Internetanschluss mit einem Volumen von 6 Mbit/s haben. Damit kann z. B. Home Office gut genutzt werden. Wir wollen den Anspruch dynamisch gestalten, also das Volumen der Übertragung regelmäßig an den entsprechenden Bedarf anpassen. Finanziert soll die Grundversorgung über einen Unternehmendfonds. Diese und weitere Forderungen haben wir zur Beratung des Telekommunikationsgesetzes eingebracht, das am 27. Oktober 2011 gegen unsere Stimmen im Bundestag beschlossen wurde. Unsere Anträge findet ihr hier:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/075/1707528.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703688.pdf>

Berliner Erklärung - Frauenbündnis für Quote

Ein Bündnis von Vertreterinnen aller im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen, auch von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN, präsentierte am 15. Dezember 2011 die „Berliner Erklärung“. Darin fordern sie eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte von mindestens 30 Prozent. Seit über 60 Jahren steht im Grundgesetz, dass Frauen und Männer

gleichberechtigt sind. In der Realität ist die Gleichstellung allerdings noch lange nicht verwirklicht.

Das überparteiliche und gesellschaftliche Bündnis will eine gerechte Gesellschaft, die Frauen und Männern die gleichen Verwirklichungs- und Teilhabechancen auch praktisch einräumt. Das erste Ziel ist, mehr Frauen in die Entscheidungsprozesse der Wirtschaft einzubeziehen – paritätisch und gleichberechtigt. Deshalb fordert das Bündnis eine Mindestquote von 30 Prozent für die Aufsichtsräte der börsennotierten, mitbestimmungspflichtigen und öffentlichen Unternehmen.

Jetzt wird um eine möglichst breite Unterstützung für die Berliner Erklärung geworben – bei Männern wie Frauen. Ich habe die Erklärung gleich unterschrieben und würde mich freuen, wenn Ihr Euch anschließen würdet: www.berlinererklaerung.de

Demografischer Wandel

In dem Arbeitskreis 5 „Wissensgesellschaft und Generationen“ der Bundestagsfraktion haben wir uns für 2012 für das Schwerpunktthema „Demografie“ entschieden. Im September planen wir einen großen Demografie-Kongress und im Rahmen einer Demografie-Tour bereite ich für 2012 bundesweite Aktionen vor. Das Jahr 2012 ist von den demografischen Daten her ein Wendepunkt in Europa. Europaweit sinkt die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter, die der Menschen über 60 Jahren steigt. Die EU hat dies zum Anlass genommen, das nächste Jahr zum „Jahr des Aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ auszurufen. Ein schöner Name, dem politische Taten folgen müssen. Das von Rösler ausgerufene „Jahr der Pflege 2011“ können wir leider ob der Tatenlosigkeit des Gesundheitsministers in „Warten auf Pflege 2011“ umbenennen. Unsere grünen Pflege-Konzepte stellen wir am 2. März 2012 auf einer Tagung in Mainz vor, die ich mit Fred Konrad organisiere. Schon jetzt eine herzliche Einladung an alle Interessierten.

Verkehrslärm

Es ist krass, wie ein Großteil der Bevölkerung unter dem Lärm aufgrund einer jahrzehntelang verfehlten Verkehrspolitik leidet. Gerade auch in meinem Wahlkreis ist die zunehmende Belastung des Flug- und Bahn lärms untragbar. Erst jetzt, nach der Eröffnung der neuen Landebahn Nordwest am Frankfurter Flughafen, wachen viele Bürgerinnen und Bürger auf und wehren sich gegen den Fluglärm. Leider zu spät. Fraport hat mit dem Planfeststellungsbeschluss das Recht auf 126 Flüge in der Stunde. Dennoch ließe sich eine Lärm-Entlastung erreichen, wenn auf allen Ebenen die richtigen Weichen gestellt werden, so wie wir es im BDK-Antrag „Fluglärm wirksam bekämpfen“ gefordert haben. Der Antrag verpasste bei der BDK aufgrund des neuen Voting-Verfahrens knapp die Befassung und wurde an die Bundestagsfraktion überwiesen. Jetzt arbeiten wir an Initiativen in der Bundestagsfraktion. Für den Frühsommer planen wir in Berlin eine Fluglärm-Konferenz mit eindeutigen Signalen: Der Schutz der Bevölkerung ist zukunfts-trächtiger als kurzfristige wirtschaftliche Interessen der Luftfahrtindustrie.

Auch in Sachen Bahn lärms müssen wir weiterkommen. Nirgendwo in Europa fahren so viele Güterzüge wie durchs Rheintal und nirgendwo sonst sind sie so laut. Nachts reißen die Züge Menschen aus dem Schlaf, die Fenster klappern, Gläser fallen aus dem Schrank. Da das Rheintal im europäischen Schienenverkehr eine zentrale Nord-Süd-Verbindung ist, wird sich diese Situation noch verschärfen, wenn zukünftig noch häufiger und noch längere Züge durchs Rheintal brausen. Daher brauchen wir ein Verkehrslärmgesetz, das Lärm nachhaltig reduziert. Auch zum Thema Bahn lärms plane ich eine Veranstaltung im nächsten Jahr.

Über meine weitere Arbeit könnt ihr Euch auf meiner Homepage unter www.tabea-roessner.de informieren.

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich hierfür auf www.tabea-roessner.de angemeldet haben. Der Empfang dieses Newsletters ist kostenlos. Sie können sich unter <http://www.tabea-roessner.de/newsletter.html> jederzeit vom Newsletter abmelden.

Impressum: Tabea Rößner, MdB
Medienpolitische Sprecherin
Demografiepolitische Sprecherin
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Tel: 030 227 71697
Fax: 030 227 76296
tabea.roessner@bundestag.de

www.tabea-roessner.de